

Evangelische Verantwortung

Die Union in der Opposition

Dr. Wolfgang Schäuble

1. Die Aufregung war groß über ein Plakat zum Rententhema, das – kaum vorgestellt – von der CDU-Führung wieder zurückgezogen werden musste. Dahinter verbirgt sich ein Problem unserer öffentlichen Debatte. In dem durch die Vielfalt von Medien und Informationen härter gewordenen Wettbewerb nicht nur um Auflagen und Einschaltquoten, sondern in Wahrheit um das knappe Gut öffentlicher Aufmerksamkeit, setzen sich kurzfristige Lautstärke und Provokation eher durch als Seriosität und Solidität.

Zwar fordern alle den Streit in der Sache und den Austausch von Argumenten, aber in Wahrheit hören weniger zu, wenn die Opposition zur Renten- oder Steuerpolitik der Regierung neben einer grundsätzlichen Zustimmung Kritik und Alternativen im Detail vorträgt. Zustimmung oder Ablehnung – für mehr besteht in manchen Medien kaum Interesse, und Spannung entsteht allenfalls aus der Frage, ob ein Gesetzesvorhaben der Regierung scheitert oder ob sich die Koalition durchsetzt.

Neuanfang mit Turbulenzen

Umgekehrt muss die Union bedenken, dass sie bis zur Bundestagswahl vor zweieinhalb Jahren über 16 Jahre die maßgebliche Regierungsverantwortung



Dr. Wolfgang Schäuble

im Bund getragen hat, so dass jede Kritik an der derzeitigen Regierungspolitik sich immer an dem messen lassen muss, was in den Augen der Bevölkerung die Union in Regierungsverantwortung erreichte und was unerledigt geblieben ist. Dabei muss allerdings der Versuchung widerstanden werden, alte Schlachten noch einmal neu schlagen und jetzt gewinnen zu wollen, denn für die Frage, wer früher Recht gehabt hat, interessiert sich die Öffentlichkeit leider auch nur begrenzt.

Man muss dann noch berücksichtigen, dass ein **Neuanfang in der Opposition** nach langer Regierungszeit immer mit

Problemen und Turbulenzen verbunden sein muss, dass wir 1998 schließlich die schwerste Niederlage bei einer Bundestagswahl seit 1949 erlitten und dass uns nach überraschend schneller Erholung Ende 1999 eine schwere Krise getroffen hat, in der das Ansehen von 16 Jahren erfolgreicher Politik in einer **Art Selbstbeschädigung** vorübergehend erheblich belastet und getrübt wurde. Wer dies alles bedenkt, begreift, dass die derzeitige Diskussion über Probleme der Union zu kurz greift und ganz gewiss nicht mit einer **Personaldebatte** behoben werden kann.

2. Angesichts der Gesetzmäßigkeit öffentlicher Debatten spricht viel dafür, Aufmerksamkeit für die Opposition durch **Kampagnen** zu erzielen. Aber die Nähe zur Zeit eigener Regierungsverantwortung begrenzt den Spielraum dafür. Mit Inhalten seien Wahlen nicht zu gewinnen, wird gesagt, und Schröders Wahlerfolg 1998 scheint das zu beweisen. Dabei wird übersehen, dass die SPD dafür 16 Jahre benötigte. Und deshalb taugen die Erfahrungen von 1998 wenig für die Frage, wie die Union alsbald nach der Wahl Niederlage wieder mehrheitsfähig werden kann.

Themen:

Editorial	3
Politik in christlicher Verantwortung	4
Ökumene-Theologisches Abendgespräch	7
EAK-Bundestagung	11

Aus Krisen und Fehlern lernen

Im übrigen zeigt die Erfahrung mit dem Rentenplakat, dass die Basis der Union ein Übermaß an Konfrontation schwer erträgt. Andere mögen da weniger empfindsam sein – aber dafür müssen wir uns nicht schämen. Und außerdem darf man nicht vergessen, dass die Anhänger der Union durch die selbstverschuldete Krise noch verletzt sind und an die Seriosität der eigenen Position und Methoden eher strengere Anforderungen stellen. Auch das muss ja kein Nachteil sein. Man soll ja aus Krisen und Fehlern auch lernen.

Natürlich erwarten die eigenen Anhänger **kämpferische Auseinandersetzungen**. Das ist die Aufgabe im politischen Wettbewerb gerade der Opposition.

Aber die Lautstärke des Beifalls eigener Anhänger darf nicht zu leicht mit der Zustimmung der Mehrheit gleichgesetzt oder verwechselt werden.

Oppositionsprogramm

3. Wir haben uns 1998/99 vor und auf dem **Erfurter Parteitag** ein Oppositionsprogramm gegeben, in dem wir nicht alles in der Opposition anders machen wollten, als es zuvor uns in Regierungsverantwortung gelang, sondern, in dem wir auf der Grundlage unserer vom christlichen Bild vom Menschen und von der Gesellschaft geprägten Werten und Überzeugungen in offener Diskussion mit allen Gruppen der Bevölkerung neue Antworten suchen wollten auf neue Fragen in unserer Zeit so dramatischer Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Umwelt.

Daran wird gearbeitet, und das bleibt richtig, von der Familie über die Bildungspolitik bis zur Neuordnung unserer sozialen Sicherungssysteme, vom ehrenamtlichen Engagement über Dezentralisierung und Reform unseres Föderalismus bis zum europäischen Verfassungsvertrag, von der Vereinbarkeit

wirtschaftlichen Wachstums mit ökologischer Nachhaltigkeit über die Frage, wie die bewährten Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung durchgesetzt werden können bis zu den schwierigen ethischen Fragen, die die Fortschritte in Naturwissenschaften und Medizin zunehmend aufwerfen.

Partei der Mitte

So bleibt die Union **Volkspartei**, die auf der Grundlage fester Wertüberzeugungen zur Mitte hin integriert. Das gilt

„Die Aufgabe der Union in der Opposition ist, durch substantielle Debatten zukunftstaugliche Entwürfe mehrheitsfähig zu machen.“

Dr. Wolfgang Schäuble

etwa auch für die Aufgabe, Offenheit und Toleranz bei Zuwanderung zu bewahren und Integration sicherzustellen. In der modernen Welt von Globalisierung, Beschleunigung und Entgrenzung wächst auch das Bedürfnis nach Nähe und Vertrautheit. So entsteht Orientierung, und um die müssen wir uns bemühen.

Mitte ist eben nicht, wie Schröder und Müntefering Glauben machen wollen, nur das Produkt geschickter medialer Inszenierung, sondern **Mitte ist wertegründete Substanz** statt Beliebigkeit.

Das ist die Aufgabe der Union, und das ist unsere Chance, eben weil das Bedürfnis nach Verlässlichkeit und Orientierung wächst. Hysterische Prozesse medialer Erregung – wie besonders traurig in Sebnitz – dürfen nicht zum Politikersatz werden. Also bleibt Substanz gefragt. Da liegt Schröders Manko und die Stärke der Union.

4. Manchmal braucht es auch etwas Zeit. Das fällt schwer, wenn ständig irgendwo Wahlkämpfe sind. Wenn dann noch die Meinungsumfragen zu wünschen übrig lassen und Kontroversen in

den eigenen Reihen vernehmbar werden, wächst die Unruhe schnell.

Wir sollten uns die Zeit für substantielle Debatten dennoch nehmen. Die Opposition muss nicht jeden Tag einen fertigen Gesetzentwurf präsentieren – der landet mangels Mehrheit am Ende doch nur im Papierkorb. Vielmehr muss die Opposition ihren politischen Standort und ihre Konzeption zusammenhängend erklären. Also Richtung und Kohärenz, **Substanz** eben, **statt kurzatmiger Schlagzeilenjagd**.

Im übrigen darf politische Debatte auch nicht auf die nächste Wahl beschränkt wirken. Wenn die Bevölkerung den Eindruck gewinnen sollte, den Politikern ginge es immer nur um die nächste Wahl, läge das Missverständnis nahe, es ginge ausschließlich um die Frage, wer was wird und nicht mehr wozu und warum. Und das könnte am Ende die Bevölkerung weniger interessieren als die Parteien vermuten. Auch deshalb schaden Personaldebatten zur Unzeit. Im übrigen gilt eben auch: Jede Führung ist so stark, wie ihre Unterstützung reicht. Wir in der Union brauchen eine starke Führung, und deshalb braucht unsere Führung auch Unterstützung.

stündnis nahe, es ginge ausschließlich um die Frage, wer was wird und nicht mehr wozu und warum. Und das könnte am Ende die Bevölkerung weniger interessieren als die Parteien vermuten. Auch deshalb schaden Personaldebatten zur Unzeit. Im übrigen gilt eben auch: Jede Führung ist so stark, wie ihre Unterstützung reicht. Wir in der Union brauchen eine starke Führung, und deshalb braucht unsere Führung auch Unterstützung.

Noch einmal: Die Aufgabe der Union in der Opposition ist, durch substantielle Debatten **zukunftstaugliche Entwürfe** mehrheitsfähig zu machen. Das braucht auch Maß und Atem. Krisen neigen zur Atemlosigkeit. Dem muss widerstanden werden. Der Evangelische Arbeitskreis hat sich in Jahrzehnten in seiner Arbeit immer darum bemüht, über die aktuellen Erregungen hinweg in der Union für die auch langfristig orientierte **Grundsatzarbeit** einzutreten. Dieser Beitrag wird heute mehr denn je gebraucht. ■

Anm.:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, ist Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die 38. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Fulda war eine sehr gut besuchte und äußerst anregende Tagung. Wir haben in der Bundesarbeitskreissitzung u.a. die Wahlen zum Vorstand durchgeführt. Ich freue mich, dass wir im neuen Bundesvorstand wieder einmal Menschen haben, die sich für den EAK mit inhaltlicher Arbeit und zeitlichem Engagement einbringen werden.

Bedanken möchte ich mich für das große Vertrauen, das mir und der von mir geleisteten Arbeit entgegengebracht wurde. Das Wahlergebnis war Grund zur Freude! Auf der Basis dieses sehr guten Wahlergebnisses werde ich mich die kommende Zeit mit Hingabe den Aufgaben widmen, die im Evangelischen Arbeitskreis auf uns zukommen. Im Bundesarbeitskreis konnten wir neben den Wahlen aber auch inhaltlich arbeiten und ich bin froh, dass wir letztlich zwei Erklärungen verabschieden konnten.

Mit der Erklärung zur „Euthanasie“ haben wir ein deutliches Signal gesetzt. In dieser Erklärung fordern wir u.a.: *Der „Zweig des Gesundheitswesens, der sich mit der Linderung des Leidens und mit kompetenter Schmerztherapie befasst, wo Heilung aussichtslos ist, muss gestärkt werden. Die Bundesregierung hat bisher eine angemessene Förderung dieses unterversorgten Bereichs vernachlässigt. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, inwieweit das Betäubungsmittelgesetz einer barmherzigen Tumorschmerztherapie zum Teil entgegensteht.“*

Und auch über die „Verletzung der politischen Kultur in Deutschland“ haben wir uns anlässlich der Debatte um die verbalen Entgleisungen des Bundesumweltministers geäußert. Mir ist es dabei wichtig zu betonen, dass die politische Kultur in Deutschland von jeder Partei zu achten ist, dies gilt gerade auch für die CDU. Das „C“ verpflichtet die Politiker hier im besonderen. Dem Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer, die „Mentalität eines Skinheads“ zuzu-

schreiben, verletzt die Kultur demokratischer Auseinandersetzung.

Sie finden die Texte der Erklärung zur „Euthanasie“ sowie die Erklärung zur „Verletzung der politischen Kultur in Deutschland“ in dieser Ausgabe der Evangelischen Verantwortung. Wir werden in Zukunft auf unseren Bundestagungen noch mehr Gewicht auf diese Form inhaltlicher Arbeit legen.

Ich habe mich gefreut, dass trotz der Kommunalwahl vor Ort und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz so viele Gäste an unserer Tagung teilgenommen haben. Sowohl das theologische Abendgespräch mit dem Kirchenpräsidenten Prof. Dr. Steinacker und dem katholischen Bischof Wanke in der Christuskirche sowie die Vorträge unserer Parteivorsitzenden, Frau Dr. Angela Merkel und des Bischofs der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Dr. Martin Hein, haben deutlich gemacht wie wertvoll diese Tagung für alle gewesen ist. Fulda, die kurhessische traditionsreiche Barockstadt wird denen, die an der Tagung teilnehmen konnten, in guter Erinnerung bleiben.

Viele Briefe habe ich bekommen, in denen mir meine eigene Einschätzung bestätigt wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich der Evangelische Arbeitskreis in einer Aufbruchstimmung befindet. Dies ist unübersehbar! Und es freut mich, dass dies auch in der eigenen Partei gesehen wird.

Es gilt nun, dass die Landesverbände mit Kreativität und Schwung die politische Bedeutung des EAK vor Ort erkennbar werden lassen. Die kommende Zeit, so hoffe ich, wird hier sichtbare Erfolge bringen. Dies wäre nicht zuletzt für die kommende Bundestagswahl von Bedeutung.

Dies heißt aber, dass wir uns weiter intensiv der Themen annehmen, die aus christlicher Sicht kompetente Begleitung erfordern. Wir haben das 6. Berliner Theologische Gespräch dem Thema ge-



widmet: „Gentechnologie. Fluch oder Segen?“ Prof. Dr. Hartmut Kreß, der die Nachfolge von Prof. Martin Honecker in Bonn angetreten hat und der Bundestagsabgeordnete Werner Lensing (CDU), haben vor rund 150 Besucherinnen und Besuchern in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in hervorragender Weise die umfangreiche Problematik dieses Themas umrissen und den möglichen christlichen Standpunkt beleuchtet. Wir werden dieses Thema weiter verfolgen.

Dasselbe gilt für das Thema des Religionsunterrichtes. Ich habe öffentlich mein Befremden darüber geäußert, dass das Bundesverfassungsgericht m.E. viel zu lange an der Klärung der Frage der Religionsunterrichtes arbeitet. Gerade in den Bundesländern, in denen der Religionsunterricht kein verpflichtendes Lehrfach bisher ist werden zusehend Fakten vor Ort geschaffen.

Es kann nicht angehen, dass in Berlin durch die Blockadepolitik der SPD die Einführung eines Wahlpflichtfaches jetzt schon 10 Jahre verzögert wird. Es ist mir unverständlich, welch notorische Widerständigkeit hier gegenüber einem Modell geleistet wird, das dem Schüler die Wahl stellt, sich zwischen Ethik und Religion entscheiden zu können. Die Werteerziehung in der Schule kann nicht allein in anderen Fächern geleistet werden, sondern bedarf der ruhigen und verpflichtenden Reflexion.

Jochen Borchert

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

Gibt es christliche Politik?

Dr. Martin Hein

Sehr geehrte Frau Merkel,
sehr geehrter Herr Borchert,
meine Damen und Herren!

Gerne bin ich Ihrer Einladung zur Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gefolgt. Es ehrt mich, unmittelbar nach den Ausführungen der Parteivorsitzenden aus einer anderen Perspektive über das „Christliche“ in der Politik sprechen zu können.

Diese andere Perspektive ist formal dadurch bestimmt, dass ich mich als Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck nicht unmittelbar politisch betätige oder gar Parteipolitik betreibe. Nach dem Dienstrecht trifft auf den Bischof die gleiche Bestimmung zu, die für Pfarrerinnen und Pfarrer unserer Landeskirche gilt: „Der Pfarrer hat sich bei der Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Verantwortung so zu verhalten, dass er in seinem Dienst allen ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit glaubwürdig bleibt.“ Das ist die eine Seite.

Andererseits wird in vielen Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern des politischen Lebens, aber auch der Medien immer wieder angefragt, welche Orientierung und welche Maßstäbe die evangelische Kirche zu vermitteln habe. Es ist deshalb eine unbestrittene Aufgabe eines Bischofs, christlich begründete Standpunkte in die öffentliche Debatte einzubringen und zu versuchen, auf verschiedenen Wegen politisch Einfluss zu nehmen, um sie zur Geltung zu bringen.

Die Frage, ob es Sinn macht und seine Berechtigung hat, wenn sich eine Partei ausdrücklich christlich nennt und damit die Erwartung weckt, dass in ihrer Politik auch „Christliches“ zum Ausdruck kommt, ist daher nicht nur innerparteilich zu verhandeln. Hier könnte auch eine



Bischof Dr. Martin Hein:
„...wir brauchen – durch alle Parteien hindurch – auch Politiker und Politikerinnen, die sich freimütig zu den christlichen Grundlagen ihres Denkens, Handelns und Wertens bekennen.“

Stellungnahme aus Sicht der Kirche zur Klärung beitragen. Insofern bin ich dankbar für die Gelegenheit, Ihnen meine Überlegungen zum Thema „Gibt es christliche Politik?“ vortragen zu können.

Ich beginne mit einer kurzen historischen Reminiszenz: An der Wiege der Gründung der CDU standen wichtige, durchaus schmerzliche Erfahrungen: zum einen die Erinnerung an das Desaster der bürgerlichen Parteien in der Zeit unmittelbar vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zum anderen die Katastrophe der NS-Zeit und ihrer Folgen insgesamt.

Für das politische Scheitern der Weimarer Republik lässt sich ein ganzes Bündel von Ursachen nennen: das zum Teil rückwärts gewandte Denken und die Idealisierung des kaiserlichen Deutschlands, die innere Distanz zur Republik,

eine Verachtung des Parlamentarismus, die Ablehnung der Parteien, die die Republik zunächst trugen, aber sicher auch die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager, die Pflege eines unproduktiven Konfessionalismus im Bereich der Politik sowie die wirtschaftliche Misere und die Radikalisierung auf beiden Flügeln der Politik. So wurde die politische Macht eine letztlich leichte Beute der Nationalsozialisten. Auch die Kirchen hatten an dieser unseligen Entwicklung ihren Anteil.

Für die Gründung der CDU ergaben sich daraus nach dem Krieg zwei Konsequenzen:

1. Die Barbarei des Nationalsozialismus sollte sich nie wiederholen.
2. Engagierte Christen müssen in der Politik möglichst geschlossen agieren.

Folgerichtig gründete sich eine **Partei auf christlicher Grundlage**, die die bisher trennenden konfessionellen Grenzen hinter sich ließ und die in ihrer christlichen Wertorientierung ein Bollwerk gegen die Menschenverachtung der Nationalsozialisten oder anderer totalitärer Systeme zu sein versprach. Die Bejahung der parlamentarischen Demokratie und ihrer freiheitlichen Verfassung waren Selbstverständlichkeiten dieser Neugründung. Die Partei richtete sich an alle, die auf der Grundlage der Einsicht in die Würde und Freiheit aller Menschen und der daraus resultierenden Leitlinien Politik gestalten wollten – seien sie nun Christen oder nicht.

Dieses Vermächtnis des Ursprungs ist weiterhin prägend: Aus der christlichen Fundierung folgt die Orientierung an einem sozialstaatlichen Gesamtkonzept, der sozialen Marktwirtschaft, und die Ausrichtung an der westlichen Wertegemeinschaft.

Die CDU versteht sich als **Volkspartei**. Die besondere Fähigkeit solch eines Parteitypus besteht darin, Interessen unterschiedlichster Art zu integrieren. „Integration“ meint mehr, als nur einen innerparteilichen Ausgleich zu erzielen. Während sich eine Klientelpartei unmittelbar wie eine Standesvertretung für bestimmte begrenzte Standesinteressen einsetzt, braucht eine Volkspartei eine Idee von der anzustrebenden Gesell-

schaft – einen Entwurf, wie die Zukunft gestaltet sein soll. Sie braucht eine Vorstellung vom Gemeinwohl, in die ein politisches Vorhaben so integriert werden kann, das zwischen der konkreten Maßnahme und dem Bild vom Gemeinwohl ein nachvollziehbarer innerer Bezug erkennbar wird. Für diesen Entwurf eines gesellschaftlichen Leitbildes richtet sich die CDU bewusst an christlichen Wertvorstellungen aus und sucht von ihnen her die auch in dieser Partei vorhandenen unterschiedlichen Interessen einander zuzuordnen.

Was aber bedeutet Orientierung an christlichen Wertvorstellungen? Diese betreffen in erster Linie wohl das Verständnis vom Menschen, das allem weiteren politischen Handeln zugrunde liegt. Nach christlicher Auffassung ist der Mensch Geschöpf Gottes und steht in der Verantwortung vor ihm.

Ein solches Fundament, biblisch begründet, entzieht sich allen oberflächlichen Kategorien wie „konservativ“ oder „fortschrittlich“. Im Blick ist der einzelne Mensch! Demgegenüber findet sich in rechts- wie linksextremen Überzeugungen die grundsätzliche Überordnung von kollektiven Interessen über das Individuum – mit allen Folgen, die die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts in unterschiedlichen Facetten gezeigt hat.

Christliches Menschenbild

Da sich das christliche Menschenbild einer vordergründigen politischen Einordnung widersetzt, ist es nur konsequent, wenn auf dieser Grundlage mit unterschiedlichen Baumaterialien weitergebaut wird. Zum Fundament passen auf der einen Seite **wertkonservative Überzeugungen**; mit Blick auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens gehören aber ebenso **Gedanken aus der christlichen Soziallehre und liberales Gedankengut aus dem Erbe der europäischen Aufklärung** hinzu. Christliche Wertorientierung engt also nicht ein, sondern ermöglicht eine verantwortungsvolle Gestaltungsfreiheit – gebunden an die **Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit**.

Das alles sind bewährte Einsichten auf biblischer Grundlage. Nur – daraus er-

gibt sich keineswegs zwangsläufig eine christliche Politik.

Ich gestehe gerne zu: Das Thema meines Vortrages stellt in gewisser Weise eine verkürzende Redeweise dar. Politik, die schlicht und einfach „christlich“ zu nennen wäre, wird es kaum geben.

Politik als Kunst des Regierens hat sich auftragsgemäß mit der Frage der gerechten Gestaltung menschlichen Zusammenlebens und mit der Lösung diesbezüglicher Probleme zu befassen. Unter den heutigen Lebensbedingungen führen christliche Grundwerte freilich nicht unmittelbar zu entsprechenden Handlungskonzepten. Sie enthalten keine unmittelbar anwendbaren Rezepte.

Politik auf christlicher Grundlage

An einem Beispiel lässt sich das verdeutlichen – weitere lassen sich ohne Schwierigkeiten nennen: Im Blick auf den Umgang mit der Arbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche sinnvolle Modelle, wie darauf politisch zu reagieren sei:

- Die einen glauben, dass durch eine nicht zu knapp bemessene Arbeitslosenunterstützung zumindest das Problem der sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit weitgehend gelöst sei.
- Andere sind der Meinung, dass eine spürbare Senkung der Steuern und die Schaffung von Leichtlohngruppen die beste Lösung darstelle, um Anreize für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu geben.
- Denkbar ist auch, durch die Entwicklung von Kombi-Lohn-Modellen dort einen neuen Arbeitsmarkt zu eröffnen, wo gesellschaftlich wichtige Arbeit sonst nicht geleistet werden könnte, weil sie inzwischen unbezahlbar ist.

Alle drei Vorschläge können sich durchaus auf das christliche Menschenbild und die **Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit** berufen, wenn auch mit Unterschieden in der Akzentsetzung: Es stellt ein solidarisches Handeln dar, wenn die Gesellschaft Arbeitslose über Jahre hinweg alimentiert. Dass die Starken Verantwortung für die Schwächeren übernehmen, ist ein Ge-

bot der Gerechtigkeit. Aber was bedeutet das für die Würde dieser Menschen? Auf der anderen Seite tut es der Selbstachtung von Arbeitslosen sicher gut, wenn sie ihr Einkommen aus eigener Kraft erwirtschaften können – und sei es in einer Niedriglohngruppe. Aber wäre es gerecht, wenn die Rente in späteren Jahren dann doch nicht reicht, weil diese Jobs eben nur wenig Lohn einbrachten? Ist die Solidarität der Gesellschaft nicht zu wenig beansprucht, wenn man ausschließlich auf Marktinstrumente zum Abbau der Arbeitslosigkeit setzt?

Politik in christlicher Verantwortung

Eine direkte Umsetzung biblischer Optionen in Politik bleibt in der Regel schwierig. Auch die Orientierung politischer Lösungen an christlichen Grundwerten führt meist nicht ausschließlich zu einem einzigen Ergebnis, das als christlich begründete Position gelten könnte. Darum ist es in der Tat eher angemessen, von Politik auf christlicher Grundlage und in christlicher Verantwortung als von „christlicher Politik“ zu sprechen.

Gleichzeitig muss man sich deutlich vor Augen halten, dass politische Verantwortung heute einen ganz anderen Horizont umfasst als in früheren Zeiten. Unter den heutigen komplexen Lebensbedingungen und den naturwissenschaftlich-technischen Möglichkeiten hat es die Ethik mit Handlungen zu tun, die – wie der Philosoph Hans Jonas ausführt – „eine beispiellose kausale Reichweite in die Zukunft haben, begleitet von einem Vorwissen, das ebenfalls, wie immer unvollständig, über alles ehemalige weit hinausgeht. Dazu die schiere Größenordnung der Fernwirkungen und oft auch die Unumkehrbarkeit. All dies rückt Verantwortung ins Zentrum der Ethik, und zwar mit Zeit- und Raumhorizonten, die denen der Taten entsprechen.“¹

Politik in christlicher Verantwortung bleibt unter diesen Bedingungen immer ein offenes Wagnis. Wie alles Menschliche verharrt sie in unauflöselichen Zweideutigkeiten und ist stets auch vom Scheitern bedroht. Entscheidungen können unter Umständen zu Konsequenzen führen, die bei der Tatsachenfeststellung trotz bestem Willen nicht abzuschätzen waren.

V. Das lässt sich meiner Einschätzung nach aus der aktuellen Diskussion heraus konkretisieren: Wer etwa den biblischen Gedanken, Gott sei Schöpfer allen Lebens und jeder Mensch sein Ebenbild, nicht zur leeren Phrase verkommen lassen will, muss sich in die öffentliche Debatte begeben – und zwar in so unterschiedliche Felder wie die Diskussion um die Gentechnik oder die Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. **Politik in christlicher Verantwortung wird deutlich zu machen haben, wofür sie steht:** dafür nämlich, dass sich die Würde eines Menschen nicht nach seiner Herkunft oder seiner Hautfarbe bemisst und dass nicht menschliche Wunschvorstellungen von der Gestalt und dem Charakter des Menschen zum Kriterium seiner Schaffung und Existenz werden dürfen. Solche biblisch begründeten Einsichten müssen gesamtgesellschaftlich verhandelt werden und verhandelbar sein – und dazu könnte gerade eine Partei wie die CDU beitragen, weil das ihrem christlichen Grundansatz entspricht und sie in den anstehenden Debatten deutlich machen kann, wie sehr dieser Grundansatz eine lebenspraktische und hilfreiche Bedeutung für unseren Alltag hat.

Fragen der Menschenwürde

Eine Partei, die sich „christlich“ nennt, ist eigentlich wie kaum eine andere gefragt, wenn es um Fragen der Menschenwürde geht: Dabei wird sie der Versuchung zu widerstehen haben, nach parteipolitischen Kalkül mal lauter, mal leiser und mal gar nicht zu protestieren. Dass hier alle Parteien akuten Gefährdungen unterliegen, bedarf keiner gesonderten Erläuterung. Das Schielen auf Umfrageergebnisse und Stimmungen oder die Überlegung, sich in solchen Fragen taktisch zu verhalten, um Imagegewinn zu erzielen oder dem politischen Gegner Ansehensverluste zuzufügen, wäre aber gerade für die CDU von den eigenen Voraussetzungen her mehr als bedenklich. Auf mittlere Sicht führt dies zu erheblichen Glaubwürdigkeitsverlusten.

Europäische Werteentwicklung

Aber auch europäische Entwicklungen fordern zu Stellungnahmen und zu poli-

tischer Willensbildung heraus: In den Niederlanden ist inzwischen die **aktive Sterbehilfe** und in Großbritannien das **therapeutische Klonen** gesetzlich zugelassen worden. Gegen solche Entscheidungen erheben manche unter Bezug auf die biblisch-christlichen Grundlagen unserer europäischen Kultur ihre Stimme. Die Einwände sind nicht schon dadurch erledigt, dass man eine **Debatte „ohne ideologische Scheuklappen“** fordert. Diejenigen, die eher warnen, tun das ja nicht, weil sie einer Ideologie verhaftet oder einfach rückwärts gerichtet und verbohrt sind. Vielmehr erinnern sie an einen kulturellen Konsens in der Europäischen Gemeinschaft, der im großen und ganzen bisher unhinterfragt war und sich als lebensdienlich erwiesen hat.

Wenn andere nun einen Systemsprung wollen, einen **Paradigmenwechsel** also, in dem menschliches Leben Mittel zum Zweck wird, dann müssen die Befürworter sehr sorgfältig darlegen, was denn diese Neuorientierung rechtfertigt. Mit Blick auf das therapeutische Klonen begründen die vagen Prognosen über neue medizinische Errungenschaften diesen grundsätzlichen Wechsel kaum, zumal wissenschaftlich ungeklärt ist, ob die angestrebten Ziele nicht auch anders erreicht werden könnten. Vergleichbares wäre zur aktiven Sterbehilfe zu sagen, wo die angeblichen Vorteile und positiven Effekte einer gesetzlichen Fixierung dieser Möglichkeit völlig diffus bis illusionär bleiben, die Konsequenzen im Bewusstsein der Menschen aber erheblich, wenn das Verhältnis zum Arzt durch den Gedanken belastet würde, dass Töten eine Form der Therapie wäre.

Auch hier wird deutlich: Politik in christlicher Verantwortung bleibt ein offenes Wagnis, weil sich in beiden Fällen die Folgen einer eigenen Positionierung nicht völlig überblicken lassen. Zumindest beim therapeutischen Klonen stellt sich die Frage, ob eine gesetzliche Blockade bestimmter Forschungswege nicht Heilungschancen und die Möglichkeit, Leid zu beenden oder zu vermeiden, in unerlaubter Weise verhindert! Die eigene Prämisse kann also nicht verabsolutiert und abweichende Auffassungen dürfen nicht von vornherein als unchristlich diffamiert wer-

den. Fruchtbar wird der eigene Ansatz erst, wenn er aus dem Bewusstsein kommt, in die anderen Stimmen eingebettet und auf sie bezogen zu sein.

V. Den gegnerischen Standpunkt mit dem Hinweis zurückzuziehen, er sei unchristlich, oder sich der gesellschaftlichen Diskussion zu entziehen, weil man sich auf eine höhere Wahrheit meint zurückziehen zu können, wird heute nur wenig überzeugend wirken. Nicht nur, dass dieses Verhalten einem Niveau von Dialog widerspricht, der in einer modernen Demokratie selbstverständlich sein sollte. Diese Weise des Umgangs mit den Argumenten politischer Andersdenkender verfängt auch darum immer weniger, weil sich unsere Gesellschaft zunehmend nicht mehr ausschließlich einem christlich-kirchlichen Sinndeutungsangebot verpflichtet weiß. Dass die Gesellschaft insgesamt säkular geworden sei, wage ich allerdings zu bezweifeln. Sie stellt sich mir vielmehr multireligiös dar.

Multireligiöse Gesellschaft

Heute finden Sie schon in jeder Kleinstadt unterschiedliche Konfessionen, Religionen, Sekten und Weltanschauungsgruppen in einer solchen Fülle, wie sich das noch unsere Großeltern nicht vorstellen konnten. Die traditionelle Zugehörigkeit zur evangelischen oder katholischen Kirche ist keineswegs mehr selbstverständlich. In den beiden großen Kirchen sind etwa zwei Drittel der Bevölkerung Mitglieder. Der Umkehrschluss lautet dann: Ein Drittel der Bevölkerung gehört entweder einer anderen Religion oder Konfession an oder zu keiner Religionsgemeinschaft.

Im Blick auf dieses Drittel wird die CDU gleichwohl überzeugt sein, mit ihrem politischen Programm auch für die Interessen dieser Menschen die richtige Lösungen vorschlagen. Und als mögliche Wähler und Mitglieder kann man ein Drittel der Bevölkerung nicht einfach beiseite lassen. Was aber bedeutet das für die **Profilierung des „Christlichen“** schon im Namen der Partei? Wirkt das möglicherweise exklusiv und damit ausgrenzend, so dass es eher in den Hintergrund treten sollte, um nicht zu irritieren? Der CDU gehören auch an, die sich

zu einer anderen Religion als der christlichen oder zu gar keiner bekennen. Die religiöse Pluralisierung hat also längst auch diese Partei erreicht. Nach 1945 wurde der konfessionellen Pluralisierung der bundesdeutschen Gesellschaft durch ein politisches Integrationsprogramm Rechnung getragen. Wie sähe dies unter den inzwischen eingetretenen multireligiösen Voraussetzungen aus? Könnte sich das „Christliche“ auch hier als mögliche gemeinsame Klammer erweisen? Aus meiner Sicht tun sich manche Perspektiven auf, die eine Grundsatzkommission zu bearbeiten hätte.

Ich bin davon überzeugt, dass es überhaupt keinen Grund zu der Befürchtung gibt, Bürgerinnen und Bürger könnten sich von dem Programm einer politischen Partei fernhalten, nur weil es offensichtlich biblisch-christliche Elemente hat. Hellhörig werden sie erst bei einer Haltung „von oben herab“ oder bei dem Gefühl, instrumentalisiert zu werden. Das aber muss gerade mit einem christlichen Grundansatz nicht gegeben sein!

VI. Nun kann man gewiss lange darüber streiten, ob denn in der heutigen Situation, die auf der einen Seite als multireligiös erlebt wird und in der andererseits die weltanschauliche Neutralität des Staates eine Selbstverständlichkeit ist, ein Parteiprogramm auf biblisch-christlichen Fundamenten noch zeitgemäß ist. Doch solch ein Streit ist müßig, wenn die Vermittlung des Sachgehaltes der christlichen Botschaft in den konkrete politischen Alltag gelingt.

Wertevermittlung innerhalb eines weltanschaulich neutralen Staates

Es sollte daran erinnert werden, dass die weltanschauliche Neutralität des Staates und die vorfindliche Vielfalt der Religionen und Konfessionen einander bedingen. Ich sehe gegenwärtig keinen ernst zu nehmenden Gesprächspartner, der diesen Grundsatz bezweifelte. Neutralität des Staates in Fragen von Religion und Weltanschauung meint natürlich keine Beliebigkeit. Nicht zufällig sind im Grundgesetz Werte festgeschrieben, die nur durch ein sehr breites Einverständnis verändert werden könnten. Werte, die zu einem großen Teil christlich inspiriert sind, werden dort in

einer nicht-religiösen Sprache formuliert. Dadurch sind sie konsensfähig auch für jene, die mit dem Christentum nichts zu tun haben.

Andererseits darf der Staat nicht selbst die **Wertevermittlung** inhaltlich exklusiv und eigenständig verantworten. Die Auskunft, dass der Staat die Voraussetzungen, von denen er lebt, nicht selbst schaffen könne (E.-W. Böckenförde), überzeugt mich immer wieder. Darum treten in unserer Verfassung die Religionsgemeinschaften in die Aufgabe ein, die Wertevermittlung z. B. in den Schulen so zu verantworten, dass das Zusammenleben der Menschen und die Lebenskultur des Staates gefördert wird.

Religionsunterricht

Im Religionsunterricht der öffentlichen Schule wird deutlich herausgestellt, auf welcher Basis die Inhalte beruhen, die dort unterrichtet werden. Erst auf der Basis geklärter Identität entwickelt sich die gute Chance zur Verständigung. Toleranz ist meiner Einschätzung nach Folge profilierter Identität! Auch ein wirklich fruchtbarer Dialog mit anderen Religionen wird erst dann möglich, wenn die Essentials klar benannt sind, wenn also deutlich wird, woher sich diese Grunddaten ableiten, und wenn die Dialogpartner Positionen bewusst und erkennbar vertreten.

Was für den Religionsunterricht im staatlichen Schulsystem und den sich entwickelnden interreligiösen Dialog zutrifft, lässt sich in gewisser Weise auch auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Parteiprogramm auf christlicher Grundlage übertragen.

In biblisch-christlich motivierten Aussagen gewinnt ein inhaltliches Konzept eine profilierte Identität, die gerade durch die Benennung der Voraussetzungen transparent und überprüfbar ist und darum anerkannten Standards einer modernen demokratischen Gesinnung entspricht. Auf dieser Basis ergeben sich weitaus erfolgreichere Möglichkeiten der Verständigung, als würden die Prämissen schamhaft verschwiegen, so dass sich ein einigendes Band nicht erschließt. Ich denke, dass Aussagen, die

ihre Herkunft offenlegen, letztlich die Verständigung erleichtern, auch wenn wegen eines möglichen Ideologieverdachts die eine oder andere Kommunikation eventuell nicht zu Stande kommen mag. Aber selbst das hilft klären. Denn auch eine klare Abgrenzung ist eine Form der Verständigung. Aufgabe des politischen Handelns wäre es, Rahmenbedingungen zu bedenken und zu schaffen, innerhalb derer der Austausch und auch der Streit der Positionen ohne Unduldsamkeit möglich wird und so den eigenen Ansatz diskursfähig zu halten.

VII. Die Probe auf's Exempel er gibt sich nicht nur im Blick auf die Debatten um den Lebensanfang und das Lebensende. Noch einmal ist der europäische Horizont anzusprechen, in den hinein diese Probleme verwoben sind.

Was bedeutet es für eine Volkspartei, die Politik in christlicher Verantwortung vertreten will, dass sich die **Grundrechtsscharta der Europäischen Union** in ihrer Präambel nicht ausdrücklich auf ihre Verantwortung vor Gott bezieht? Und wie verhält sie sich dazu, dass in den entscheidenden Passagen dieser Charta der Begriff „Person“ anstelle des Begriffs „Mensch“ verwendet wird?

Problematischer Personenbegriff

Die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes waren sich – jenseits aller politischen Unterschiede – ihrer besonderen Verantwortung vor Gott bewusst. Man wird den Verzicht auf die ausdrückliche Nennung der Verantwortung vor Gott vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Traditionen in Europa zu sehen haben. Und gewiss ist die Situation gegenwärtig noch stärker als früher durch eine religiöse und weltanschauliche Vielfalt gekennzeichnet. Trotzdem halte ich die Preisgabe der Nennung Gottes in der Präambel für problematisch, weil damit politische Verantwortung nur noch rein funktional betrachtet zu werden droht.

Konkreter in seinen negativen Auswirkungen ist jedoch die **Ersetzung des Begriffs „Mensch“ durch den Personenbegriff**. Die Bibel nennt den Menschen sehr bewusst „**Ebenbild Gottes**“. Aus

dieser Bestimmung von Gott her und auf Gott hin leiten sich Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen ab – und damit auch sein Lebensrecht. Weitere Maßstäbe zur Beurteilung des Wertes von menschlichem Leben lehnt der christliche Glaube ab. Eine Unterscheidung von wertvollem und weniger wertvollem, gar unwertem Leben verbietet sich. Weder besondere Leistungen oder Fähigkeiten, weder äußere Merkmale noch Charaktereigenschaften fügen der mit dem Menschsein gegebenen Menschenwürde etwas hinzu oder nehmen etwas weg. Jeder einzelnen Phase menschlichen Lebens kommt nach christlicher Überzeugung diese Würde zu. Es gibt nicht Phasen von höherer oder niedrigerer Würde, auch wenn die ganzen menschlichen Möglichkeiten im Embryo noch nicht verwirklicht sind oder im Alter durch Krankheit, Behinderung oder Demenz nicht mehr verwirklicht werden können.

Mit dem Personbegriff dagegen werden Selbstbewusstsein und Kognition verbunden, also bestimmte geistige oder intellektuelle Fähigkeiten. Hier sehe ich die Gefahr, dass Menschen, weil sie durch Krankheit, Behinderung oder Koma diese Fähigkeiten nicht nachweisen können, hinausdefiniert werden und man beginnt, über ihr Leben zu verfügen.

Sicher wird dies derzeit noch weit von sich gewiesen. Aber die bisweilen geäußerte Aufforderung, wir sollten in Deutschland allmählich unsere Bedenken ablegen, halte ich für problematisch. Die Erfahrungen mit unserer nationalsozialistischen Vergangenheit und die ehrlichen Konsequenzen, die wir aus diesen Verbrechen gezogen haben, sind nach wie vor beachtenswert. Wir haben keinen Anlass, unsere angeblich bloß historischen Skrupel einem besinnungslosen Pragmatismus im Umgang mit dem menschlichen Leben zu opfern. Sollten die Kirchen die CDU in der offensiven Verteidigung dieser Auffassung im europäischen Kontext zur Partnerin haben, könnte ich das nur begrüßen.

VIII. Ich komme ans Ende meiner Ausführungen: Wir brauchen in der Politik Parteien, die sich bewusst auf die biblisch-christliche Tra-

dition berufen. Aber wir brauchen – durch alle Parteien hindurch – auch Politiker und Politikerinnen, die sich freimütig zu den christlichen Grundlagen ihres Denkens, Handelns und Wertens bekennen. Das täte nicht zuletzt der politischen Gesprächskultur in unserem Lande sehr gut. Zugleich würde in der Öffentlichkeit deutlicher als heute, dass die biblische Botschaft ihre provozierende Brisanz in der scheinbar pragmatischen Beliebigkeit unserer Tage nicht verloren hat, sondern dass das Evangelium von Jesus Christus Salz der

Erde ist – und auch Salz der Politik sein kann. ■

Anm.:

Dr. Martin Hein ist Landesbischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Der abgedruckte Vortrag wurde von ihm im Rahmen der Bundestagung des EAK am 17. März 2001 in Fulda gehalten.

¹ Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt am Main 1979, S. 8f.

Theologisches Abendgespräch: „Evangelisch Glauben- Ökumenisch Handeln“

Dr. Joachim Wanke

Das heutige Abendgespräch ist thematisch offen konzipiert. Es soll im weitesten Sinn „theologisch“ sein. Es legt sich nahe, etwas zur aktuellen Lage der Ökumene anzumerken, speziell zwischen Katholiken und Protestanten. Ich fasse meine einführenden Bemerkungen in 5 Sätze, die ich kurz erläutere.

1. Ökumene als geistliche Verpflichtung ist für unsere Kirchen unwiderruflich

Es ist nicht überflüssig, dies als erstes herauszustellen – weil es eben nicht selbstverständlich ist. Noch vor wenigen Jahrzehnten war das anders. Bei uns Katholiken gilt dies seit dem 2. Vatikanischen Konzil. In dem zumeist sehr dunklen 20. Jahrhundert ist die ökumenische Bewegung ein Geschenk des Geistes Gottes (vgl. Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Ut unum sint“ Nr. 7;100). Dieser Aussage können wohl weithin alle Kirchen zustimmen. Die EKD-Synode im November 2000 in Braunschweig hat dies mit ihrer „Kundgebung“ zum Schwerpunktthema Ökumene gezeigt, und wohl auf seine Weise auch meine Kirche, die den Ökumeniker Kardinal Walter Kasper in höchste Verantwortung nach Rom berufen hat.



Bischof Dr. Joachim Wanke:
„Es gibt kein freischwebendes ökumenisches Christentum, sondern nur ein Christentum, das sich ekklesial konkretisiert.“

Dass dies so ist, sollte uns Anlass zu immer neuem Dank gegenüber Gott sein.

2. Die ökumenische Lage in Deutschland ist besser als anderswo

Diese Einschätzung hat Gründe, die mit dem „Standort“ Deutschland zu tun haben. Zum einen: Wir haben in Deutsch-

land keine **Mehrheitskirche**. Das ist für die Ökumene gut, zumindest für die Evangelischen und die Katholiken. Die kleineren Kirchen werden das anders sehen.

Zum anderen: Wir haben schon lange keine **Obrigkeitskirche** mehr. Die Freiheit der Kirche vom Staat ist gewährleistet. Diese Freiheit wurde im 19., auch noch im 20. Jahrhundert mit bitteren Opfern erkämpft. Jeder lebt – so gut er es vermag – aus seinem ureigensten Selbstverständnis heraus. Jeder kann er selbst sein. Diese Freiheit ist Grundvoraussetzung für ehrliche Ökumene.

Und schließlich: Die selbstverständliche Präsenz der Einwanderungskirchen, aber auch unsere gewachsenen, je eigenen weltweiten Vernetzungen machen die Vielfalt des Christlichen bewusst. Andersartige Nachbarn sind eine Chance, einen weiteren Horizont zu bekommen. Das tut der Ökumene insgesamt gut. Das sind wirkliche „**Standortvorteile**“ für die Ökumene in Deutschland.

3. Die Ökumene biegt in die Zielgerade ein.

Zudem dürfen wir sagen: In den evangelischen und katholischen Gemeinden gibt es eine **gute Vor-Ort-Ökumene** – wobei es regional Ausnahmen gibt. Aber diese bestätigen die Regel: Wo heutzutage Christen Christen sein wollen, achten sie den Mitgetauften. Mehr noch: Sie suchen bewusst Zeichen der Nähe und des Miteinanders. Die Erfahrung zunehmender Marginalisierung der Christen in der Gesellschaft befördert diese Haltung des praktischen Schulterschlusses der Christen vor Ort. Das Drängen nach **Gemeinschaft am Tisch des Herrn** will ja nicht nur die Kirchenleitungen ärgern. Zugegeben: Manches Drängen will provozieren, manchmal ist es auch in seinen Begründungen theologisch unbedarft, aber als Wunsch doch verständlich und nach Joh 17 und 1, Kor. 10-12 sogar geboten. **Das Volk Gottes macht der Ökumene Beine**. Diese Beine sollten nur in die richtige Richtung laufen, auf die Einheit zu und nicht in neue Spaltungen hinein. Und eben da, in der Verständigung über die rechte Richtung, fangen unsere Probleme an.

Ist dieses Bild zu optimistisch? An dem Bild gefällt mir, dass in der Zielgerade von den Sportlern besondere Anstrengungen verlangt werden. Es könnte sein, dass die Kirchen und wir Christen gleichsam auch „mit letzter Kraft“ ins Ziel kommen. Aber eines machen wirkliche Sportler nicht: Sie bleiben nicht auf der Zielgeraden stehen und fangen an zu disputieren, ob sich das Weiterlaufen lohnt. Nein, sie sehen das Ziel und verdoppeln noch einmal ihre Anstrengungen. (Wobei immer gilt: – ohne Bild gesprochen – dank der zuvorkommenden Gnade Gottes, ohne den jedes Rennen und Laufen bekanntlich vergeblich ist!).

Natürlich gibt es immer wieder Irritationen in der Ökumene. Die römische Erklärung „**Dominus Jesus**“ hat verwundet und der Erfolg in der lutherisch-katholischen Einigung über die Rechtfertigungslehre wird immer noch innerprotestantisch bekämpft. Warum eigentlich? Will man dem Ziel nicht näherkommen? Man muss mit solchen Kräften rechnen, auf allen Seiten. Wichtig wird sein, dass eine Mehrheit in den Kirchen am ökumenischen Ball bleibt.

Ich behaupte einmal mutig: Der **globale Welthorizont**, in dem die Religionen sich mehr und mehr hautnahe auf den Leib rücken, zwingt uns Christen notwendigerweise zusammen. Das Evangelium wird im 3. Jahrtausend nur gemeinsam bezeugt werden können, sonst wird es im Weltgespräch verstummen. Diese Gemeinsamkeit wird nicht uniform sein, aber sie muss bei aller Polyphonie konturiert, klar in der Melodie erkennbar sein müssen. Es gibt schon allein deswegen keine Alternative zur ökumenischen Weiterarbeit. Das hat auch die katholische Kirche erkannt. Bei allem Hin und Her der Kräfte auch in meiner Kirche: Sie steht zu dem Ziel und dazu, dass wir „weiterlaufen“ müssen.

4. Wir sind dabei, neu nach der Kirche zu fragen

In meinem Verständnis ist christlicher Glaube immer konkret. Er hat eine inkarnatorische Struktur. Er will „Fleisch“ werden, so wie die 2. Person der Gottheit nicht ein Prinzip geworden ist, sondern ein konkreter Mensch. Es gibt kein freischwebendes ökumenisches

Christentum, sondern nur ein Christentum, das sich ekklesial konkretisiert. Es ist darum kein Widerspruch zu ökumenischem Handeln, wenn man durch die Ökumene das je eigene, oder besser: die eigenen Ursprünge neu und vertieft entdeckt. Zugespielt gesagt: Ich bin beispielsweise durch mein ökumenisches Engagement (etwa in der ACK) katholischer geworden, wohlgemerkt: nicht katholizistischer!

Ich habe tiefer erkannt, was uns alle miteinander in der Wurzel verbindet: Wir sind gemeinsam 2000 Jahre alt. Ich zitiere hier das bekannte Wort Ratzingers von 1976, der meinte, „dass nicht heute christlich unmöglich sein kann, was ein Jahrtausend lang möglich war“; und speziell auf die Orthodoxie hin: „Rom muss vom Osten nicht mehr an Primatslehre fordern, als auch im ersten Jahrtausend formuliert und gelebt wurde“. Auch als Kardinal hat Ratzinger diese Aussagen nie zurückgenommen (vgl. J. Ratzinger, Theologische Prinzipienlehre, München 1982, 209; ders., Kirche, Ökumene, Politik, Einsiedeln 1987, 76f, 81f).

Wir brauchen, so mein dringliches Votum, eine **Verständigung über die Kirche**, etwa wie sie uns im Epheserbrief, aber auch nach meinem Verständnis in Joh 10 und 17 oder implizit auch bei Matthäus 16 und 18, und letztlich auch bei Paulus selbst vorgestellt wird, und darin eingeschlossen, eine Verständigung – ähnlich wie bei der Rechtfertigungslehre – über das Amt in der Kirche. Dabei geht es weniger um das Amt als solches, also wie es strukturiert sein muss, sondern um die Frage, ob die Kirche verbindlich sprechen kann oder nicht.

Kardinal Kasper hat dies jüngst bei einer beachtenswerten Vorlesung am 23. Januar 2001 in Tübingen so formuliert: „Die Fragen nach Amt und institutioneller Gestalt der Kirche berühren den theologischen Laien im allgemeinen wenig. Doch hinter dieser Frage steht eine ganz und gar existentielle Frage. Es geht bei der Frage nach der **Autorität in der Kirche** letztlich um das verbindliche Sprechen und Handeln der Kirche. Dies ist im heutigen pluralistischen, alles relativierenden Kontext eine Frage auf Le-

ben und Tod; sie berührt das Herz des christlichen Glaubens ... Ein alles gleichgültig machender Pluralismus endet im Skeptizismus und letztlich im Nihilismus. Kirchen, welche auf die Frage einer verbindlichen Autorität keine überzeugenden Antworten finden, sind in der Gefahr, in diesem alles mitreisenden Strudel unterzugehen.“ (Rede-Manuskript S.17f). Kasper kann sich übrigens hier ausdrücklich auf Pannenberg berufen.

Die Kontroverse um „Dominus Jesus“ hat mich das eine gelehrt: Wir müssen dringlichst klären, wie wir jeweils uns selbst als Kirche verstehen, und zwar ausgehend von unserer gemeinsamen Wurzel in der Schrift und der Tradition der großen Konzilien des 1. Jahrtausends. Walter Kasper hat in der eben genannten Vorlesung wieder eine alte Formulierung von Kardinal Willebrands in Erinnerung gerufen: Die Nichtkatholiken sind „Kirchen eines anderen Typs“ (ebd. S.15). Er setzt sich damit von der unglücklichen Formulierung in „Dominus Jesus“ ab, die lautete: Diese seien „nicht Kirchen im eigentlichen Sinn“. Es ist nicht aussichtslos, gemeinsam zu fragen, was für Kirche wirklich konstitutiv ist, sich darin in einem differenzierten Konsens zu verständigen und so u. U. zu einer versöhnten Verschiedenheit, einer die Verschiedenheit nicht ausschließenden Einheit des gemeinsamen Kirche-Seins zu kommen. Der **Communio** bzw. **Koinonia-Gedanke**, den die Orthodoxie bewahrt hat und den wir im abendländischen Christentum wieder neu entdeckt haben, kann und wird uns hier weiter voranbringen und jeden Gedanken an Rückkehrökumene zu verhindern wissen.

Und noch eines sei hier angemerkt: Es ist nicht zutreffend, wenn gelegentlich die katholisch-evangelische Grunddifferenz mit der Formel festgemacht wird: evangelischerseits geschehe Rechtfertigung „in“ der Kirche, katholischerseits „durch“ die Kirche (vgl. R. Frieling, Ökumene vor neuen Zeiten <Festschrift Th. Schneider>, Freiburg – Basel – Wien 2000, 435). Kirche schiebt sich für Katholiken nicht zwischen Christus und den Menschen. Sie enthüllt mir vielmehr das Angesicht des Herrn, damit ich von ihm im Wort und Sakrament „erleuchtet“, lebendig gemacht werden kann.

Sie ist mir Heilsraum, aber nicht Heilsursache. Darum gilt für mich: An ihrer Hand habe ich den gefunden, den „meine Seele liebt“ (Hoheslied 3,1). Paulus gebraucht einmal das Bild, er wisse sich als „Brautwerber“ (2 Kor 11,2), der zu Christus führen will. Eben das ist für mich das Wesen der Kirche. Und so habe ich es auch konkret in meiner Biographie erfahren. Aber das bestätigt mir nur biographisch, was ich theologisch weiß.

5. Die Kirchen rücken bei der gemeinsamen Verteidigung des Humanum zusammen

Die Katholische Bischofskonferenz hat soeben ein Wort zu Fragen der Gentechnik und Biomedizin veröffentlicht. Es trägt den Titel: Der Mensch – sein eigener Schöpfer? Ich kann Ihnen allen dieses kurze (und verständliche!) Wort nur empfehlen. Ich meine, dass in diesen und manch anderen **gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen** auch ein erfreulicher **Konsens** zwischen EKD und unserer Kirche besteht.

Ich nenne diese jüngste Initiative nur als Beispiel für ein Aufgabenfeld, das zunehmend dringlicher wird. Die Kirchen sind in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und geistigen Situation unseres Landes gefragt, wie sie helfen können, den Menschen zu verteidigen. Lebensschutzfragen basieren auf weltanschaulichen, auf religiösen Grundentscheidungen. Wer das nicht sieht, muss blind sein. Die Gemeinsamkeit unserer Antworten, also das evangelisch-katholische Miteinander wird darum immer wichtiger. Dafür möchte ich hier in diesem Kreis des EAK werben. Als Höhepunkte solch aktuellen Sprechens in die Gesellschaft hinein nenne ich folgende, z. T. auch von den ACK-Kirchen mitgetragene Verlautbarungen:

- „Gott ist ein Freund des Lebens“ (1989)
- „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ (1997)
- „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“ (1997) und
- das gemeinsame Wort zu Fragen von Migration und Flucht „... und der

Fremdling, der in deinen Toren ist“ (1997).

Manch andere Initiativen, nicht nur gemeinsame Texte wären hier zu nennen, etwa die seit einigen Jahren gemeinsam getragene „Woche für das Leben“ jeweils im Mai, dieses Jahr: „Menschenwürdig pflegen!“ Wir in Thüringen könnten uns nicht vorstellen, bei wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen (wie seinerzeit die neue Landesverfassung) als einzelne Kirche zu agieren, geschweige denn gegeneinander. Weil wir damals bei der Verfassungsdiskussion gemeinsam aufgetreten sind, hat unser Freistaat, so meine ich, eine Verfassung, die sich sehen lassen kann. Übrigens: Mit Gottesbezug in der Präambel.

Meiner und unseren Kirchen gebe ich angesichts so mancher Entwicklungen, die auch ängstigen können, den Rat: Dort, wo die Kirche ihre ureigenste Aufgabe, nämlich den Gotteshorizont offen zu halten, nicht vernachlässigt, und dann, wenn sie ihre Botschaft verständlich, qualitativ, mit Freundlichkeit und untersetzt durch eigenes Engagement den Menschen anbietet, wird sie für die Gesellschaft echtes „Salz“ bleiben können.

Und speziell für beide Kirchen gilt: Aufgaben, die gemeinsam bewältigt werden, verbinden. Freundschaft wächst und vertieft sich durch gemeinsame Bewährung, nicht durch fortwährendes gegenseitiges sich Fixieren und Bemessen. **Der gemeinsame Kirchentag 2003 in Berlin** kann, so meine ich, eine echte Chance für die Ökumene in Deutschland sein. Doch sollte dieser Tag nicht das Motto haben: Mal sehen, was dem anderen zuzumuten ist!, sondern: **Schauen auf das, was diesem Land not tut, nämlich: neu nach Gott zu fragen!** ■

Anm.:

Diesen Kurzvortrag hat Bischof Dr. Joachim Wanke, Diözese Erfurt, auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Rahmen des „Theologisches Abendgesprächs“ mit Kirchenpräsident Steinacker am 16.3.2001 in der Fuldaer Christuskirche gehalten.

Der neugewählte Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Bundvorsitzender:

Bundesminister a.D.
Jochen Borchert, MdB
Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

1. Landtagspräsidentin
Christine Lieberknecht, MdL
Thüringen
2. Staatsminister für Soziales,
Gesundheit und Familie
Dr. Hans Geisler, MdL
Sachsen
3. Bundesbeauftragter für den
Zivildienst
Dieter Hackler
Nordrhein-Westfalen
4. Dr. Ingo Friedrich, MdEP
Vizepräsident des Europäischen
Parlaments
Bayern

5. Gustav Isernhagen
Niedersachsen

16 Beisitzer:

1. Kultusministerin Karin Wolff, MdL
Hessen
2. Landtagsvizepräsidentin
Renate Holznagel, MdL
Mecklenburg-Vorpommern
3. Johanna Köhler
Thüringen
4. Thomas Rachel, MdB
Nordrhein-Westfalen
5. Ilse Falk, MdB
Nordrhein-Westfalen
6. Harald Häbler
Bayern
7. Stefan Dachselt
Berlin/Brandenburg

8. Michael Schekatz
Sachsen-Anhalt
9. Tobias Utter
Hessen
10. Staatsministerin a. D.
Friederike de Haas, MdL
Sachsen
11. Hans Bleckmann
Schleswig-Holstein
12. Eleonore Rudolph
Hamburg
13. Hans Bookmeyer
Niedersachsen
14. Friedemann Schwarzmeier
Rheinland-Pfalz
15. Franz Doleschal
Baden
16. Dietmar Franke
Sachsen

Auszüge aus der Rede des Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU, Bundesminister a.D. Jochen Borchert, MdB, auf der EAK-Bundestagung in Fulda am 16. März 2001

Ich glaube, dass wir ein interessantes Tagungsthema ausgewählt haben: „Das ‚C‘ – Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert.“ Dieses Thema erkenne ich für unsere Partei und für uns selbst als richtungsweisend. Und dieses Erkennen entspringt nicht nur meinem politischen Gefühl. Vielmehr kommt es aus dem Wissen, dass die profunde Beschäftigung mit unseren christlichen Werten, den aus dem Christentum erwachsenen Maßstäben und Richtlinien, der Weg ist, der uns aus den Dilemmata führt, die uns gerade in dem Zeitraum beschäftigt haben und noch heute beschäftigen, über den ich zu berichten habe.

Jeder Schritt, den wir als CDU Politiker unternehmen, wird von der Bevölkerung gerade unter ethischen, ja moralischen Aspekten sehr genau registriert.

Und die zarte Pflanze des Vertrauens, die im Wachsen ist, kann sehr schnell wieder geknickt werden, wenn neue Enttäuschungen hinzukommen. Die Menschen im Lande, ja unsere eigenen Wähler, erwarten von uns ein anderes Verhalten als das, was sie von anderen Parteien kennen. Wir müssen uns deutlich machen. **Wir sind anders! Wir sind keine beliebige Partei!**

Und dass die Menschen unsere Politik genau begleiten, das hat mit unserem „C“ zu tun und dem lesbaren Anspruch, christlich-demokratische Politik betreiben zu wollen. Und die Erwartungen der Menschen gehen dahin, dass wir uns unserer eigenen christlichen Werte wieder bewusst werden, ja nicht nur bewusst werden, sondern diese Werte

auch im Reden und Handeln, also auch im politischen Alltag, leben. Dieses „C“ ist das Fundament für eine erfolgreiche Politik, für eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns rückt, den Menschen, der von Gott mit Würde versehen wurde.

Und deshalb ist es mir in den vergangenen zwei Jahren besonders am Herzen gelegen, dass wir als EAK deutlich signalisieren, wie wichtig und richtig eine Politik sein kann, die sich am christlichen Glauben, an den christlichen Werten und am christlichen Menschenbild orientiert. Und der Evangelische Arbeitskreis hat gerade jetzt die Aufgabe, auf Christinnen und Christen zuzugehen, um sie für eine Politik zu gewinnen, die aus christlicher Verantwortung Gestalt gewinnt. Als Christen sind wir sozusagen zur evangelischen Verantwortung berufen. Und wenn ich mir die Situation einiger Landesverbände ansehe, dann merke ich, wie auch junge Leute hinzukommen und wieder Verantwortung tragen wollen. **Wir haben als Evangelischer Arbeitskreis eine starke Verantwortung für die politische Kultur in der CDU.**

Wir haben einen nicht zu unterschätzenden Umbruch hinter uns. Wir sind von Bonn nach Berlin gezogen. In Bonn war der EAK eine Institution, alles war eingeführt und unsere Veranstaltungen wurden gut besucht. Der EAK hat durch den Umzug ein sehr intensives Umfeld verloren, das ohne Zweifel vorhanden war. Die langjährige Bundesgeschäftsführerin, Bir-

neuen **Kommunikationswege** intensiviert werden konnte. Unsere Zeitung, die Evangelische Verantwortung, spielt hier eine wichtige Rolle.

Ich bin guter Zuversicht, dass trotz der starken Haushaltskürzungen, die uns seitens der CDU zugemutet werden, auch in Zukunft die „**Evangelische Verantwor-**

Vorstellung unter das Volk zu bringen. Die genannte Summe wurde auf meine Anfrage im Haushaltsausschuss des Bundestages bestätigt und es war denen, die ich danach fragte sichtlich peinlich.

Ich meine, einmal ganz davon abgesehen, was man für Mütter und Kinder mit diesem Geld hätte erreichen können, so



▶ stellv. EAK-Bundesvorsitzende Gustav Isernhagen, stellv. EAK-Bundesvorsitzende Christine Lieberknecht, Bischof Dr. Martin Hein, CDU Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel

▶ Kultusministerin Karin Wolff, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht

▶ Dr. Angela Merkel und Christine Lieberknecht

▶ Der neugewählte EAK Bundesvorsitzende Jochen Borchert mit Dr. Angela Merkel, Dr. Ingo Friedrich und Harald Häßler

git Heide, und die Referentin des EAK, Katrin Peter, sind in Bonn geblieben. Für ihren langjährigen Einsatz habe ich sehr zu danken. Aber die Entscheidung für Berlin war richtig, auch mit Blick auf den EAK.

Nach zweimonatiger Vakanz konnten wir im September 2000 die Stelle des Bundesgeschäftsführers und die Stelle der Referentin neu besetzen. Mit Herrn Dr. Felmborg konnten wir für den EAK einen promovierten Theologen gewinnen, der mit Sachkompetenz und Ideenreichtum die Geschäfte auf Bundesebene führt. Er wird durch die Juristin Silke Adam in idealer Weise unterstützt, die genau wie Frau Scharnweber ihr eigenes Profil in die neuen Herausforderungen und Aufgaben elanvoll und leistungsbereit einbringen.

Wir haben zu mehreren politischen Themen Stellung bezogen und uns somit am Meinungsbildungsprozess in Deutschland aktiv beteiligt. Die Medien haben unsere Stellungnahmen in vielfältiger Form aufgenommen. Aber nicht nur die **Pressearbeit** wurde verbessert, sondern auch die Informationen zwischen den Landesverbänden und der Bundesebene fließen dichter als noch vor zwei Jahren, so dass die **Effektivität der politischen Arbeit** auch unter Benutzung der

„tug“ eine wahrnehmbare Lebensäußerung des EAK sein wird. Dies liegt nicht zuletzt an der zunehmenden Bereitschaft der Leserinnen und Leser auch ein Obolus für den Empfang unserer Zeitung zu entrichten. Hier eine breite Basis von Freunden aufzubauen, die uns regelmäßig unterstützen, wird nicht leicht zu bewerkstelligen sein. Mit Zurückhaltung kann ich aber sagen, dass erste Anfänge und Erfolge wahrzunehmen sind. Und ich möchte hier deutlich betonen, dass wir darauf sehr angewiesen sind. Voraussetzung für diese Zuwendungen ist allerdings, dass die Qualität stimmt. Ich bin immer wieder erstaunt, was für ein hohes Niveau viele Menschen unserer Zeitung bescheinigen. Dies wird mir auch von den evangelischen Bischöfen immer wieder bestätigt.

Aber neben den genannten, haben uns im letzten und in diesem Jahr noch sehr viel andere Themen begleitet.

1. Mit Bestürzung habe ich im Oktober 2000 die Kampagne der Bundesregierung verfolgt, die unter dem Slogan „**Drei K sind out – www ist in**“ gestartet wurde. Über 250.000 DM war diese Aussage der Regierung wert. So viel nämlich kosteten die Werbungen in den verschiedenen Zeitungen, um diese

muss man doch sagen, dass es grob fahrlässig ist, Kinder, Kirche und die Aufgaben einer Mutter, die sich entschieden hat, für ihre Familie den Beruf aufzugeben, als „out“, also für nicht mehr zeitgemäß zu erklären. Es ist mir heute noch unverständlich wie man einseitig ein Bild zeichnen kann, das die Frau nur dann als erfolgreich zeigt, wenn Sie sich um die Kenntnisse des Internets kümmert. Dass wir in Deutschland schon längst eine Kultur haben, in der Frauen Familie und Beruf vereinen, ist an der SPD vorbeigegangen. Kinder aber – und das habe ich in dieser Debatte betont – **Kinder sind unsere Zukunft**. Und auch das Engagement von Frauen wie übrigens auch das von Männern in der Kirche bleibt für den Reichtum unserer Gesellschaft unverzichtbar. Es gibt in Deutschland keine Institution, in die sich so viele Frauen einbringen, wie in unserer Kirchen.

Im Gegensatz zur Bundesregierung sagen die Kirchen und auch wir vom Evangelischen Arbeitskreis deutlich „Ja“ zu Kindern und Familien. In gleicher Weise haben wir uns auch dagegen gewandt, dass homosexuelle Lebensgemeinschaften nur irgendwie mit der Ehe verglichen werden. Auf einem Berliner Theologischen Gespräch konnten wir

intensiv und differenziert mit Prof. Honecker und dem Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Bosbach, über die gesetzgeberischen Möglichkeiten sprechen, die etwaige Diskriminierungen von Homosexuellen unmöglich machen.

2. Kurz vor Weihnachten stimmte das britische Parlament dem **Klonen menschlicher Embryos für therapeutische Zwecke** zu. Ich habe damals zu dieser Entscheidung der Briten deutlich Stellung bezogen und formuliert, „dass hier werdendes Leben den Gesundheits- und Wirtschaftsmaximen einer sog. freien Gesellschaft geopfert wird.“ Noch mehr als diese Entscheidung hat mich aber die Reaktion des Bundeskanzlers irritiert, der hinsichtlich der aufflammenden Debatte in Deutschland über das therapeutische Klonen sowie der Gentechnologie generell davon sprach, dass man diesem Thema „**ohne ideologische Scheuklappen**“ begegnen müsse. Hinter dieser Aussage steckt wiederum eine klare Absage an eine Diskussion, die es wagt christliche Argumente oder überhaupt eine christlich motivierte Ethik ins Feld zu führen.

Denn wenn der Bundeskanzler so etwas sagt, muss man ihn doch fragen dürfen, was er damit meint, wenn er von „ideologischen Scheuklappen spricht“. Ich habe ihn als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises daraufhin auch die Frage gestellt, ob er unter dieser Ideologie vielleicht jene versteht, die beim Thema des Embryonenschutzes es wagt, mit dem Argument der Menschenwürde zu argumentieren, also letztlich mit der christlichen „Ideologie“.

Mit dieser Anfrage, die ich kurz vor Weihnachten stellte, sollte ich gar nicht fehl gelegen haben. Im Gegenteil: Gleich am Anfang dieses Jahres bestätigte der damals designierte Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin, die Position, die ich bei unserem Bundeskanzler vermutete. Ohne ethische Scheuklappen sprach er das aus, was bei Schröder noch nebulös wirkte. Und ich habe Herrn Nida-Rümelin daraufhin heftig attackiert.

Im Ansatz ist bei Nida-Rümelin nämlich das zu spüren, was bei dem Nobel-

preisträger Watson uns in ausgeformter Art begegnet: Eine skrupellose Argumentation, die allein lebenswertes Leben dem Wesen zugesteht, das ohne Fehl und Tadel wird oder ist. Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass die Aussage des Kulturstatsministers, dass die **Menschenwürde an die Selbstachtung geknüpft** sei, in dieser Woche bei einer Diskussion deutlich relativiert wurde. Auf Grund des Protestes des Evangelischen Arbeitskreises und der beiden großen Kirchen, hat Herr Nida-Rümelin zugestanden, dass er eine verkürzte Debatte initiiert hat. Auch wenn diese Einsicht spät kommt, so ist es doch beruhigend zu wissen, dass auch er vor einigen Tagen in Berlin geäußert hat, dass das „**therapeutische Klonen**“ ein Irrweg ist.

3. Durch die **Legalisierung der aktiven Sterbehilfe** in den Niederlanden hat nicht nur ein Kulturstaat ethische Dämme brechen lassen, sondern wir sind von dieser politischen Entscheidung auch selbst getroffen worden. Die strikte Ächtung der Euthanasie wird auch bei uns in Deutschland in Frage gestellt. Es geht um die Frage, ob durch einen aktiven Eingriff wirklich Barmherzigkeit an Schwerstkranken geübt wird, oder ob die – lassen Sie es mich drastisch sagen – oder ob die Tötung auf Verlangen der Startschuss für die **Enttabuisierung des Tötens** leidender Menschen überhaupt ist. Denn hier liegt ja das Argument der Befürworter schneller Lösungen, dass es barmherzig gegenüber den Leidenden ist. Ist es barmherzig, frage ich? Mit Blick auf so manchen Schwerstkranken mag ich vielleicht in mir leise „ja“ sagen, aber ist mit Blick auf diese Leidenden die Euthanasie wirklich der richtige, der gangbare Weg? Und ich sage Ihnen deutlich „Nein“.

Es muss andere Wege geben, mit sterbenden Menschen umzugehen. Dies ist nicht zuletzt von größter Notwendigkeit für das Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Was mutet man der Familie und den Kranken denn zu? Was dem Arzt? Meine Damen und Herren, es kann nicht um die Entsorgung menschlichen Lebens nach Wunsch gehen, sondern allein um die Humanisierung des Sterbens. Hier gibt es in unserem Land durch die **Hospizbewegung** hoffnungsvolle Ansätze, die durch die Politik begleitet wer-

den und unterstützt werden müssen. Hier handelt es sich um ein Thema, bei dem genuin christlich argumentiert werden kann. Dies haben wir getan und ich freue mich, dass wir hierzu noch einmal dezidiert Stellung beziehen.

4. Ein paar Sätze möchte ich aber noch dem Thema widmen, das mich als ehemaligen Landwirtschaftsminister sehr berührt und betroffen gemacht hat und mich auch täglich begleitet wie sie sich vorstellen können. Nur so viel möchte ich zu **BSE** sagen. Wir haben in der Regierungsverantwortung 1993 alles dafür getan, dass die Tiermehlverfütterung an Rinder verboten wurde. Dies habe ich gegen erbitterten Widerstand gegen die Europäische Union durchgesetzt. Das Importverbot englischer Rinder hat damals mit Brüssel zu heftigen Auseinandersetzungen geführt.

Die neue Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz merkt aber erst jetzt, dass Sie es mit einer starken EU zu tun hat und Sie wird bald damit konfrontiert werden, dass wiederum hunderte Tausende von Rindern vernichtet werden müssen. Das wird in Deutschland Proteste geben. Und ich habe mich schon vor Wochen dafür eingesetzt, dass Rinder nicht einfach vernichtet werden, sondern als Nahrungsmittel den Ländern zur Verfügung gestellt werden, die Ernährungsprobleme haben und in denen Armut herrscht. Ich freue mich, dass meine Vorschläge von der Bundesregierung aufgenommen wurden und jetzt geprüft werden. **Wir dürfen nicht leichtfertig hochwertiges und vor allem geprüftes Fleisch sinnlos vernichten.** Dies ist wirklich zu Recht ein Skandal.

Der Evangelische Arbeitskreis ist auf einem guten Weg. Ich freue mich, dass Sie diesen Weg kreativ und kraftvoll mitgehen vor Ort, in Ihrer Stadt, in Ihrem Kreis, in Ihrem Land. Ohne Ihren Einsatz wäre all das, was landauf - landab stattfindet nicht möglich. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle einmal mit allem Respekt vor dem Geleisteten bedanken. All das, was Sie tun, ist nicht selbstverständlich. Ich hoffe, dass wir den eingeschlagenen Weg noch eine gute Zeit gemeinsam gehen können. ■

■ Erklärung des EAK zur „Euthanasie“

38. Bundestagung in Fulda

Im Gegensatz zur Legalisierung der Euthanasie in den Niederlanden muss in Deutschland ein anderer Weg beschritten werden, um dem Leiden Schwerstkranker zu begegnen. Dem Leiden des Einzelnen die „Barmherzigkeit“ der To-desspritze gegenüberzustellen, verweist auf eine falsche Alternative.

Menschliches Leben ist im Werden und im Vergehen mehr noch als sonst abhängig von der Begleitung anderer Menschen. Diese Begleitung ist gekennzeichnet vom gegenseitigen Vertrauen. Dieses Vertrauen ist die Grundlage für ein positives Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Es gründet auf der Gewissheit, dass der Arzt bis heute im Sinne des hippokratischen Eides handelt, der besagt: „Nie werde ich, auch nicht auf eine Bitte hin, ein tödlich wirkendes Gift verabreichen oder auch nur einen Rat dazu erteilen.“

Diese Vertrauensgrundlage ist im höchsten Maße gefährdet, wenn auf Grund eines Gesetzes oder einer Verfügung der Arzt die Möglichkeit zugesprochen bekommt, aktive Sterbehilfe am Patienten auszuüben. Der Wunsch nach dem Tod auf Bestellung ist nicht der höchste Ausdruck menschlicher Selbstbestimmtheit, sondern der Ruf nach Begleitung in höchster Not. Die Würde im Sterben muss in Zukunft mehr als bisher im deutschen Gesundheitswesen Berücksichtigung finden.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU möchte das öffentliche Bewusstsein für die großartige Arbeit der Menschen wecken, die das Sterben und den Tod nicht verdrängen, sondern sich damit auseinandersetzen, indem sie Sterbenden den letzten Lebensabschnitt so erträglich und vor allem so menschenwürdig, wie es eben geht, gestalten. Dank und Anerkennung für diese Tätigkeit.

Patienten und ihre Familien, sowie die behandelnden Ärzte würden durch ein Gesetz, das die aktive Sterbehilfe legalisiert, unter einen enormen Gewissensdruck gesetzt. Der scheinbar befreiende Akt des aktiven Tötens Sterbenskranker passt in eine Welt, die Krankheit, Leiden

und Tod aus ihren Augen verloren hat. Dies widerspricht unserem christlichen Bild vom Menschen, nach dem dem Menschen auch die Verfügung über das eigene Leben entzogen ist. Jeder Mensch, auch der Sterbende, hat die volle Würde menschlichen Lebens. Sie steht unter dem Schutz des Grundgesetzes.

Die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben gebietet es daher, dass in Deutschland mit höchster Notwendigkeit daran gearbeitet wird, dass die Palliativmedizin in allen Bereichen stark gefördert wird. Dieser Zweig des Gesundheitswesens, der sich mit Linderung des Leidens und mit kompetenter Schmerztherapie befasst, wo Heilung aussichtslos ist, muss gestärkt werden. Die Bundesregierung hat bisher eine angemessene Förderung dieses unterversorgten Bereichs vernachlässigt. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, inwieweit das Betäubungsmittelgesetz einer barmherzigen Tumorschmerztherapie zum Teil entgegensteht.

Anstatt dem Leben abrupt durch die aktive Sterbehilfe ein Ende zu setzen, muss dem Patienten ein menschenwürdiger Ausweg aus seinem unerträglichen Leiden gewiesen werden. Der EAK setzt sich daher dafür ein, dass schmerztherapeutische Behandlungen in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden. Wenn in der Gesellschaft dieses Ziel erreicht wird, verringert sich der Ruf nach aktiver Sterbehilfe. ■

■ Erklärung des EAK zur Verletzung der politischen Kultur in Deutschland

38. Bundestagung in Fulda

Der Umweltminister, Jürgen Trittin, hat durch seine schwere verbale Entgleisung das politische Klima in Deutschland stark belastet. Laurenz Meyer die „Mentalität eines Skinheads“ und damit die Bereitschaft zur Gewalt zu unterstellen, ist ein Frontalangriff auf die Werte, die die politische Kultur in Deutschland auszeichnen. Diese Aussagen mit einer Charakterisierung des äußeren Erscheinungsbildes des Generalsekretärs der CDU in Verbindung zu bringen, erinnert an den Jargon des „Straßenkämpfers“ Trittin, der schon in

der Unterhaltung mit Michael Buback erschreckend deutlich hörbar wurde. Jürgen Trittins Angriffe verdeutlichen, dass er es nicht scheut, christdemokratische Politiker wie Laurenz Meyer mit Rechtsradikalen gleichzusetzen. Er diffamiert dadurch eine demokratische Partei im Ganzen. Es darf nicht angehen, dass eine Aussage, die die Worte „stolz“ und „deutsch“ in einem Satz mit sich führt, als rechtsradikales Gedankengut gewertet und abgestempelt wird.

Die politische Kultur in Deutschland hat in der weltweiten Politik in den letzten Jahrzehnten großes Ansehen gewonnen. Dies lag nicht zuletzt an dem Stil, mit dem Politikerinnen und Politiker in der Öffentlichkeit und im Parlament zu Sachfragen Stellung bezogen haben, sondern auch daran, dass den politischen Äußerungen abzuspüren war, dass es im Streit um das Wohl des eigenen Landes ging. Verbale Auseinandersetzungen galten und gelten auch heute noch in der Regel der Sache und nicht der Person, mit der man sich im politischen Streit befindet. Diese politische Kultur muss gepflegt werden und sie darf nicht leichtfertig gefährdet werden.

Die Mediengesellschaft fordert die in Deutschland gewachsene politische Kultur täglich heraus, in dem sie zur Vereinfachung, zur Zuspitzung und Überzeichnung auffordert. Dieser medialen Versuchung müssen nicht nur der Kanzler oder die Bundesminister widerstehen, sondern generell die Menschen, die politische Verantwortung in Deutschland tragen. Als Personen des öffentlichen Lebens tragen sie für die demokratische Streitkultur in Deutschland eine hohe Verantwortung. Dies gilt für alle Parteien.

Aus diesem Grund ist es kein zu tolerierender Weg, dass verbale Attacken diffamierenden Charakters im politischen Leben ohne Folgen bleiben dürfen. Der politische Gegner darf nicht zum politischen Feind werden. Die Würde der Menschen, die sich täglich durch ihre politische Handlung der Öffentlichkeit stellen, muss sorgsam bewahrt werden.

Der Evangelische Arbeitskreis fordert den Bundeskanzler auf, die politische Kultur in Deutschland dadurch zu stärken, dass er sich von seinem Umweltminister trennt. ■

Evangelisches Leserforum



Eugen Rosenstock-Huessey:
„Des Christen Zukunft oder
wir überholen die Moder-
ne“ Brendow Verlag,
ISBN 3 87067 257 9, 290 S.

**Warum es sich lohnt, ein so
„altes“ Buch – erschienen
1945 in den USA - zu lesen**

E. Rosenstock-Huessey (1888-1973) war Professor für deutsche Rechtsgeschichte und Soziologie in Breslau. 1921 hatte er die Akademie für Arbeit geschaffen und seit 1926 richtete er Arbeitslager für Arbeiter, Bauern und Studenten ein und sammelte Erfahrungen damit, wie das von schweren Verwerfungen gezeichnete gesellschaftliche Leben nach dem 1. Weltkrieg zu erneuern wäre. 1933 wanderte er in die USA aus. Der wissenschaftlich-technische Entwicklungs- und Erfahrungsvorsprung der USA vor Europa wurde im 2. Weltkrieg und danach immer deutlicher. Seine Grundlage ist die moderne amerikanische Gesellschaft. Die politische und militärische Stärke der USA ist nur die sichtbare Folge der zu Grunde liegenden gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kraftquellen. Mit Ausnahme der beiden maßgebenden Entwicklungen der Nachkriegszeit, – der elektronischen Datenverarbeitung (Internet) und der Biotechnik (Gen-

technik u.Ä.) – lagen in den USA alle Faktoren bereits klar zu Tage, die das Leben in Europa heute auch bestimmen.

**Was wollte E. R.-H.,
wonach suchte er?**

Angesichts des ungelösten Problems der **Massenarbeitslosigkeit** und der **Sinnentleerung des Lebens** vieler Menschen infolge einer stark funktionalisierten Arbeitswelt, die große Teile des Lebens der Menschen ausblendet, einerseits und einer Vorort-Wohnwelt, in der wichtige existentielle Grunderfahrungen nicht mehr vorkommen, andererseits, überprüfte und durchforschte E. R.-H. die gesamte christliche und außerchristliche Geschichte daraufhin, ob und wie der christliche Glaube vor diesen Problemen bestehen und welchen Beitrag er zu ihrer Lösung leisten kann.

In der Person von E. R.-H. trafen auf Grund seines Lebensweges die alt-europäische und die amerikanische Wirklichkeit zusammen. Dieses Zusammentreffen erwies sich als ungemein fruchtbar. In seinem Buch „Des Christen Zukunft“ zog er die Bilanz seiner Erfahrungen diesseits und jenseits des Atlantik. Aber-, und das ist entscheidend!-: er nimmt die Menschheit und die ganze Welt in Blick.

Gesellschaftlich und politisch hat Europa seit 1945 gegenüber den USA kräftig aufgeholt. Dasselbe gilt leider nicht für die christliche Kirche, die sich in überholten Abgrenzungen schwächt und zu besorgt ist um die Erhaltung viel zu schwerfälliger Institutionen und Strukturen. In ihrer Verkündigung und in ihrem Leben zeigt sich zudem ein erschreckender Ab-

stand von der heutigen Welt, und sie gibt vielen Menschen und der Welt kaum noch Orientierung. Dies ist aber ihre ureigenste Aufgabe. Nur hierin ist die eine christliche Kirche unersetzlich.

Was erwartet den Leser?

Im ersten Teil des Buches gibt E. R.-H. eine Standortbestimmung und umreißt die Probleme, in und vor denen wir stehen. Im zweiten Teil legt er die bestimmenden Faktoren des christlichen Zeitverständnisses bloß und zeigt, dass und wie die Geschichte von dem lebendigen, dreieinigen Gott geschaffen und vorwärts bewegt wird. Die Zukunft hat unbedingten Vorrang, weil Christus der Kommende ist. Die Naturwissenschaft und der Fortschritt werden als Kinder des christlichen Glaubens erwiesen, ohne den sie verkommen. Der Verfasser weist auf den Vormarsch und die tragende Bedeutung des biblischen Singulars hin: der eine Gott – die vielen Götter; die eine Welt (Schöpfung) – die vielen, partikularen Welten; das eine Wort (Christus) – die vielen, von Sinnentleerung bedrohten Wörter; die eine Geschichte – die vielen, zusammenhanglosen und widersprüchlichen Geschichten; der eine Mensch (Christus) – die vielen Menschen aller Farben, Rassen, Kulturen; der eine Geist Gottes – die vielen Geister (Dämonisierung des Lebens droht); die eine Kirche – die in Konfessionen zerfallenden Kirchen. Geht dieser Singular in seinen verschiedenen Ausprägungen verloren, dann zerfällt die Welt. Sie wird vom Rückfall ins Chaos bedroht.

Aufregend ist die Aktualität der Beispiele und Hinweise, die der Leser findet. Im

dritten Teil schließlich wird alle Welt, einschließlich der großen Kulturen und Religionen, dem Leib Christi zugeordnet und findet daher seinen Platz auf dem „Kreuz der Wirklichkeit“. Das Kreuz Christi schließt in sich das Vorwärts (Zukunft) und das Rückwärts (Vergangenheit) sowie im Jetzt das Innen und das Außen des Lebens. Von diesem Kreuz gilt, außerhalb seiner gibt es kein Heil.

Der lebendige Gott und seine ganze Welt mit all ihrem Leben sind in diesem Buch mit Hilfe ordnender Unterscheidungen und Prioritätensetzungen zusammengedacht. Der Gedankengang ist trotz mancher Sprünge klar und leuchtend. Die Sprache ist kraftvoll und lebendig, oft leidenschaftlich und mit Bildern und Beispielen bereichert. Der aufmerksame Leser wird großen Gewinn aus der Lektüre dieses Buches ziehen: er begreift den Schaden des heutigen Christentums und sieht, wozu es nötig und auch imstande ist, wenn es gesundet.

Eduard Berger

Anm.:

Bischof a.D. Eduard Berger
ist Beauftragter der
evangelischen Landeskirchen
beim Freistaat Sachsen.

Buch

Peter Maser:
Die Kirchen in der DDR
Hrsg.: Bundeszentrale für
Politische Bildung
Bonn 2000
ISBN 3-89331-401-6

Das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene und von Peter Maser verfasste Buch bietet einen ge-

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

strafften Einblick in den Weg der Kirchen im Bereich der einstigen DDR von 1945 bis 1990. Der Verfasser – bis 1977 in der DDR wohnhaft – gilt als besonderer Kenner dieser Problematik. Er war maßgeblich an der Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages „zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur“ beteiligt. Von inzwischen erschienenen Veröffentlichungen zum Thema „Kirche in der DDR“ unterscheidet sich der vorliegende nicht zu umfangreiche Band durch interessante Bebilderung und Dokumentation. Die Aufmachung ist gut und übersichtlich. Besonderes Interesse erweckt natürlich, was zum Verhältnis von Kirchen und Staat – auch zum Staatssicherheitsdienst – geschrieben wird. Dabei wird nicht vergessen, dass es im kirchlichen Dienst nicht nur um politische Dinge ging. Den Vorgängen kurz vor der Wende wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es wird nicht verschwiegen, dass es unter führenden Männern der Evangelischen Kirche nicht wenige Männer gab, deren Verhältnis zur Wiedervereinigung Deutschlands gespalten war. Sie glaubten noch immer an einen „verbesserten Sozialismus“. Das Studium dieses Buches kann dringend empfohlen werden.

Reinhard Steinlein

Anm.:

Gegen eine Bereitstellungspauschale von 3,- DM kann das Buch über die Bundeszentrale bezogen werden.



Was sucht ihr den Lebenden bei den Toten? Er ist nicht hier, er ist auferstanden. Gedenkt daran, wie er euch gesagt hat, als er noch in Galiläa war: Der Menschensohn muss überantwortet werden in die Hände der Sünder und gekreuzigt werden und am dritten Tage auferstehen. EVANGELIUM NACH LUKAS, KAPITEL 24, VERSE 5–7

Mathis Muntschick © Kunstdienst Dresden

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Wilhelmstraße 60
11011 Berlin

Bischof
Dr. Martin Hein
Burgfeldstraße 14
34131 Kassel

Bischof
Dr. Joachim Wanke
Postfach 296
99006 Erfurt

Bischof a.D. Eduard Berger
Beauftragter der ev. Landeskirchen
beim Freistaat Sachsen
Königstraße 21
01097 Dresden